



Neues Ulfkotte-Buch: Mekka Deutschland



Sind wir noch zu retten? Oder haben wir schon vor dem Islam kapituliert? Und was rollt da auf jeden einzelnen von uns zu? Wussten Sie beispielsweise, dass gerade die Staatsanwaltschaft ermittelt, weil deutschen Pflegepatienten die Essensrationen zugunsten von Muslimen gekürzt werden sollten? Wir tun jetzt Dinge, die wir vor zehn Jahren noch für verrückt erklärt hätten. In vorausweisendem

Gehorsam gegenüber Muslimen haben wir nach Auffassung einer schweigenden Mehrheit nicht nur das Recht auf freie Meinungsäußerung aufgegeben – und damit den Kern der Demokratie. An die Stelle unserer früheren Freiheit ist Angst getreten. Die Angst davor, die religiösen Gefühle einer zugewanderten Minderheit zu verletzen.

Als sich unlängst etwa einige wenige Muslime durch eine neue orientalische Cremeseife in ihren religiösen Gefühlen beleidigt wähnten, weil auf einer Verpackung bei Aldi auch die Silhouette einer Moschee abgebildet war, da wurden sofort die Regale leergeräumt. Aldi kapituliert. Aus Angst vor Muslimen. Das ist inzwischen Alltag im einstigen Land der Dichter und Denker. Die Primärtugend des Islam, Unterwerfung, ist jetzt auch die Haupttugend der Deutschen.

Bestsellerautor Udo Ulfkotte („Gekaufte Journalisten“)

beschreibt in seinem neuen Buch [„Mekka Deutschland“](#), welche konkreten Folgen das für jeden einzelnen von uns hat: Für Schüler, für Auszubildende, für Arbeiter und Beamte, für Arbeitslose und für Rentner. Da sollten beispielsweise mitten in Deutschland schwerstkranken Pflegepatienten die Essensrationen gekürzt werden, damit mit dem so eingesparten Geld der Versicherten aus der staatlichen Pflegeversicherung Spezialitätenküchen nur für Muslime finanziert werden können. Und alle schauen weg. Während Politik und Medien abstreiten, dass es eine Islamisierung gibt, werden bei der Bundeswehr zugleich getrennte Bestecke für die Mahlzeiten von Muslimen und Nichtmuslimen ausgegeben. Ulfkotte beleuchtet diese immer gravierendere Entwicklung der Islamisierung auch vor dem Hintergrund der gewaltigen Flüchtlingsströme aus Nordafrika und dem Nahen Osten. Er kommt zum Schluss: Ein Kind, welches heute im deutschsprachigen Raum geboren wird, stirbt nach allen denkbaren Szenarien in einem weitgehend islamisierten Land.

Ulfkotte zeigt uns in [„Mekka Deutschland“](#) eine absurde Welt, in der wir jetzt zwar Scharia-konforme Kfz-Versicherungen, Lebensversicherungen und die Scharia-Master Card einführen, aber die Islamisierung in Politik und Massenmedien immer noch beharrlich leugnen. In der neuen Welt der Islam-Unterwerfung, in der wir Kirchen in Moscheen umwandeln und dort unter dem Applaus unserer Medien zum Kampf gegen die „Ungläubigen“ aufrufen lassen, gibt es Scharia-Urlaub und Scharia-Reisen. Und im deutschen Bundesjustizministerium sogar inzwischen eine offizielle Planstelle für Scharia-Recht. Da bilden wir Afghanen, Syrer, Tschetschenen und Türken als Wanderführer für die Alpen aus, damit sie Touristen gleich auch noch die Schönheiten des Islam näherbringen können. Politik und Medien lügen der Bevölkerung vor, das alles habe nichts mit Islamisierung zu tun, sondern sei nur selbstverständlicher Teil unserer „Willkommenskultur“.

Der deutsche Bundespräsident ist schon jetzt Pate vieler

Kinder aus islamischen Bigamistenfamilien. Und bis zu zwei Drittel der Muslime in Ballungsgebieten sind parallel mit mehreren Frauen verheiratet und lassen sich die Verhältnisse ganz legal vom Sozialstaat finanzieren. Ein mit mehreren Frauen verheirateter muslimischer Mann kann heute in Deutschland damit rechnen, dass alle seine Frauen nach seinem Ableben eine Witwenrente bekommen. Zugleich wird immer öfter das deutsche Recht wie selbstverständlich durch islamisches Scharia-Recht ersetzt. Ulfkotte schreibt in [„Mekka Deutschland“](#) auf, was unsere Medien uns verschweigen: Da fordern Politiker jetzt allen Ernstes „gendergerechte Steinigungen“, weil Frauen bei dem barbarischen Brauch in der islamischen Welt schließlich bislang gegenüber Männern benachteiligt werden. Ebenso fassungslos liest man in „Mekka Deutschland“, wie von deutschen Steuerzahlern finanzierte Juristen im Orient als Bestandteil der Wiederaufbauhilfe Gesetze erarbeiten, wonach muslimische Männer ihre Frauen straflos vergewaltigen dürfen, wenn sie mehr als vier Tage lang keinen Geschlechtsverkehr hatten. Und wir wundern uns dann, wenn Männer aus diesem Kulturkreis bei uns wegen Vergewaltigung vor Gericht stehen und sich keiner Schuld bewusst sind.

Der Bestsellerautor beschreibt auch den Parallelmarkt für islamische Arzneimittel, auf dem Muslime andere Medikamente bekommen als Nichtmuslime, weil tierische Bestandteile von Medikamenten bei Muslimen ja nicht von „unreinen“ Tieren stammen dürfen. Und Tierschützer werden entsetzt sein, wenn sie das Kapitel über europäische Tiefkühltheken lesen, wo die meisten Fleischprodukte heute längst – und zwar ohne Kennzeichnung – „halal“ sind. Also nach islamischen Riten betäubungslos geschlachtet. Ulfkotte nennt die Namen der Produzenten. [„Mekka Deutschland“](#) beschreibt zudem ganz konkret, wie deutsche Politiker und Medien erpresst und mit Geld geschmiert werden, um die Islamisierung über eine positive Berichterstattung weiter voranzutreiben. Denn die stille Islamisierung geschieht ja nicht zufällig, sondern

folgt einem geheimen Plan. „Mekka Deutschland“ ist provokant und politisch nicht korrekt. Wer sich und seine Familie auf die Zukunft vorbereiten will, der kommt um dieses mit rund 700 Fußnoten und Quellenangaben angereicherte fundierte Sachbuch nicht herum. Islamverbände und Politiker haben versucht, das Erscheinen dieses Buches zu verhindern. Klar ist: In wenigen Jahren schon wird ein Buch wie „Mekka Deutschland“ in Europa nicht mehr erscheinen dürfen. Wir verbrennen jetzt keine Bücher mehr. Wir drucken sie erst gar nicht. Wer seine persönliche Zukunft und die seiner Familie nicht dem Zufall überlassen will, der sollte wissen, was da vorbereitet wird.

Sofort lieferbar: [Buchbestellung über Kopp-Verlag](#)

Merkel: Deutschland ist ein Einwanderungsland



Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sieht Deutschland als Einwanderungsland und bestätigt damit eine langjährige Position der Grünen. „Wir sind im Grunde schon ein Einwanderungsland“, sagte sie am Montag

in Berlin zum Auftakt einer Reihe von 150 von der Regierung initiierten Veranstaltungen unter dem Motto „Gut leben in Deutschland – Was uns wichtig ist“.

Die Kanzlerin sprach sich für konkrete Stellenangebote etwa an Afrikaner aus. Es gebe eine Liste von jenen Berufen, für die es in Deutschland nicht ausreichend Facharbeiter gebe, beispielsweise Chemielaboranten. Afrikaner sollten darauf hingewiesen werden. Wer die Qualifikation habe, brauche keinen Asylantrag zu stellen.

„Einwanderung kann bereichern“

Die CDU-Vorsitzende betonte zugleich, Deutschland brauche eine bessere Willkommenskultur: „Wir müssen hier noch sehr viel selbstbewusster sagen: Es kann etwas sehr Bereicherndes sein.“

(Auszug aus einem [FAZ-Artikel](#))

Grenzen dicht statt Flüchtlingsquote!

Man glaubt es kaum: Die EU macht Pläne zur „besseren“ Verteilung weiterer Ströme ungehinderter Einwanderer, und in MSM-Redaktionsstuben bekommt man tatsächlich kalte Füße! Was kritischen und patriotischen Bürgern von PI bis PEGIDA immer als blanker Rassismus ausgelegt wurde, scheint bei den etablierten Tintenrittern nun plötzlich diskussionswürdig zu sein. Und selbst den [verantwortlichen Politikern wird langsam](#) etwas mulmig.

Bei der WELT trat jüngst Dirk Schümer [für die verhasste „Festung Europa“](#) ein. Das düstere Gegenbild dazu sei eine europaweite Slumlandschaft im Zustand des „unerklärten Bürgerkriegs“. Da musste Vorzeige-Gutmensch Heribert Prantl von der SZ natürlich [sogleich Alarm schlagen](#): Wer die Wellen

so genannter „Flüchtlinge“ vom europäischen Festland fernhalten wolle, der versündige sich an den europäischen Werten – was auch immer Prantl darunter versteht. Damit wäre die Debatte normalerweise beendet gewesen, doch diesmal gibt es Gegenfeuer: [Der Forscher Reiner Klingholz](#) vom „Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung“ hat klargestellt, dass es nicht umsonst eine durch europäisches Recht legitimierte Behörde wie Frontex gebe. Ihre festgelegte Aufgabe sei der Schutz der EU-Außengrenzen, und dafür sei sie entsprechend auszurüsten, „damit der Zustrom an Personen, die nicht nach Europa kommen sollen, weil sie nicht das Anrecht darauf haben, gebremst werden kann.“

Das alles ist keineswegs neu, und gerade in den letzten Monaten sind zahlreiche fakten gesättigte Schriften dazu erschienen. Außerdem hat [der Schriftsteller Jean Raspail schon vor über 40 Jahren](#) die heutigen Zustände in ihren möglichen, drastischen Dimensionen beschrieben. Wenn die Herren Journalisten jetzt langsam realisieren, was ihre jahrelange Asylantenpropaganda nun bald anrichten wird, ist das längst überfällig. Es ändert aber keineswegs etwas an ihrer früheren Hetze gegen all jene, die sich schon lange Sorgen um ihr Land und ihre Kinder machen.

Daten und Fakten zur Lage:

- » „Der Bereicherungsmythos. Die Kosten der Einwanderung nach Deutschland“ (44 Seiten, 5,00 Euro, [hier bestellen!](#))
 - » „Ansturm auf Europa. Ist das Grundrecht auf Asyl noch zeitgemäß?“ (44 Seiten, 5,00 Euro, [hier bestellen!](#))
-

Linksgrüne Diktatur – Traktat über die Herrschaft der Minderheiten

Die Welt, in der wir leben, ist verrückt. Und niemand merkt es, so scheint's. Wir werden täglich gegängelt, an die Hand genommen, vorgeführt – von Minderheiten. Warum? Die Mehrheit ist träge, sogar zum Denken zu faul. Und manchmal auch vorwitzig: „Ist ja ganz lustig, was da die eine oder andere Minderheit so treibt. Stört mich doch nicht...“ So etwa sieht's im Kopf von Maria und Josef Normalo aus. Daß die Grünen vor rund vierzig Jahren auch so als „verrückte Minderheit“ angefangen haben – längst vergessen. Heute diktieren sie uns, was Moral ist, was wir essen dürfen, wie wir leben und wen wir lieben sollen. Eine Minderheit! Und so wird Deutschland heute im Grunde von Minderheiten ge- und verführt.

(Von Peter Helmes, conservo.wordpress.com)

2,8 % Lesben und Schwule (Zahl aus deren Verband) in Deutschland sagen, was wir zu tun und zu lassen haben. 10% Linke und 10 % Grüne erklären uns, was demokratisch, was richtig und falsch, was also politisch korrekt ist. Auf der anderen Seite versuchen rd. 10% Moslems, uns zu diktieren, daß Deutschland künftig „richtig halal“ leben soll.

Das Ende der Aufklärung

Allen voran unsere gutmenschlichen Vorreiter. Zum Beispiel die Frontfrau Renate Künast: „Integration fängt damit an, daß Sie als Deutscher mal türkisch lernen!“ („Beckmann“ vom 30.8.2010). Das, was wir derzeit erleben, ist das Ende der Aufklärung, das Ende des „mündigen Bürgers“ und der Anfang vom Ende der Demokratie. Dieser anachronistische Zustand ist längst Alltag in Deutschland und Europa. Nochmals Künast, jetzt aber in Klartext: Lernt gefälligst Türkisch! Also Ihr

lieben Deutschen, integriert Euch! Und als Begleitmusik dieses Lernprozesses werden Islam und Koran seitens der Medien und der Politik glorifiziert.

Daß Minderheiten wie die Grünen für Bevormundung stehen, ist schon ein Gemeinplatz. Daß deren Unsinn Methode hat, beweist sich täglich neu. Sie sind Technik- und Wissenschaftsfeindlich und legen fest, was geforscht werden darf. Wer am falschen Objekt forscht, z. B. Gentechnik, wird verjagt, und sei er auch ein noch so talentierter Wissenschaftler. Wir waren weltweit führend in der Reaktortechnik. Nun hat uns eine Minderheit eingeredet, das sei Teufelszeug – und stattdessen mehr als 100 neue Lehrstühle für Genderwissenschaften geschaffen.

Gender Mainstreaming – Abschied von der Heterosexualität als Norm

Eine unsägliche Koalition aller staatstragenden Gutmenschen aus CDU CSU SPD FDP GRÜNE LINKE DGB und aus sonstigen „gesellschaftlichen Gruppierungen“ hat den „neuen Menschen“ entdeckt, den Gendermenschen. Nicht Fisch, nicht Fleisch, nicht Mann, nicht Frau – sondern ein „höheres Wesen“, geschlechterenthooben sozusagen. Federführend für die Umgestaltung der Gesellschaft nach den Prinzipien des Gender Mainstreaming ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Auf der Homepage dieses Bundesministeriums entdeckt man unter den Begriffen „Gleichstellung“, „Gender Mainstreaming“, „GenderkompetenzZentrum“ das eigentliche Ziel der Familienministerin: Die Geschlechtsdifferenzierung von Mann und Frau und die Heterosexualität als Norm sollen aufgehoben und durch „Gender“ ersetzt werden. Gender, die neue Ideologie! Die Umwandlung der Gesellschaft ist raffiniert angelegt: durch Unterlaufen der demokratischen Strukturen ohne jede öffentliche Debatte. Schaltstelle ist die „Interministerielle Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming (IMA GM), die dem

Bundesfamilienministerium untersteht. Dort werden die Strategien erarbeitet, wie über „Gesetzesfolgenabschätzung“ und „Implementierung in die Arbeit der Bundesregierung“, durch „Gender Budgeting“, das heißt die Umlenkung der Staatsfinanzen, in Zusammenarbeit mit dem vom Familienministerium finanzierten „GenderkompetenzZentrum“ der geschlechtsvariable Mensch geschaffen wird.

Bildung und Sprache – Schutz vor Manipulation

Minderheiten, wie Lehrgewerkschaften und grünrote Funktionäre, wollen einen anderen Bürger erziehen, das deutsche Bildungswesen dem Zeitgeist anpassen (Humboldt, Goethe, Schiller usw. – Steinzeitkultur!). Man dürfe die Schüler nicht überfordern und mit Wissen überfrachten, heißt es. Für weniger Blinde lautet der Klartext: „Entbildete“ Schüler sind eben besser manipulierbar. Also wird unsere Sprache verhunzt, wird unsere Bildung, die Grundlage unserer Kultur, „abgewählt“, werden Schrift (!) und Sprache „vereinfacht“. Google statt Goethe, Twitter statt Literatur, Beat statt Beethoven, soap opera statt Oper. Die deutsche Sprachkultur schmilzt auf 160 Zeichen (twitter, sms).

Minderheiten beweisen oft zerstörerischen Charakter, zumindest wollen sie Mehrheiten ändern, bisweilen zerstören. So auch in diesem Falle. Was steckt hinter der Mißachtung unserer Kultur und Sprache? Der Philosoph Harald Seubert gibt eine Antwort:

Wer die Macht der Sprache und die Stringenz tieferer Gedanken gekostet hat, wird geradezu allergisch gegen Manipulationen aller Art.

Die Sprache, stellte Erwin Chargaff (1905 – 2002) fest, müsse „als der hauptsächliche Faktor in der Bestimmung der nationalen Identität betrachtet werden“. Und weiter: „Die Menschen, „verlassen in einer Welt ödeter Massenmedien, sind gleichsam abgeschnitten davon, was ihre einstmalige Sprache an großen Werken hervorgebracht hat“ (FAZ vom 10. August 1991).

Ist mensch erst einmal seiner Bildung beraubt, wird er leichter – weil ohne Widerstand – ein Opfer grünroter Umerziehung. Allgemeinbildung stört da nur. Hauptsache, er lernt, was „Buntheit ist, was „Toleranz“ und Weltoffenheit. Die Quintessenz dieses Lehrstoffes: Rechts ist intolerant, verschlossen und böse. Das reicht fürs Leben. Und deshalb sind offenbar Analphabeten bei uns besonders willkommen. Und „Toleranz“ reduziert sich aufs Sexualverhalten und (angeblich) 60 verschiedene „Geschlechter“. (Nur an Opas und Omas: Da hatten wir es früher leichter: „mann“ wußte, was frau will und wie´s geht – und umgekehrt. Heute muß gender erst fragen, wer /was bist Du geschlechtlich.)

Da gibt´s dann noch eine besondere Spezies von Minderheiten: Rothemden bei den DGB-Gewerkschaften verkünden uns die Lehre vom bösen Unternehmer und armen Arbeitnehmer, und die Gelbhemden von Verdi zeigen uns, wie man – „wenn mein starker Arm es will“ – das öffentliche Leben lahmlegt. Auch eine Minderheit: Der Organisationsgrad der Gewerkschaften steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrem Barrikadengeschrei. Nicht ´mal ein Fünftel aller Arbeitnehmer ist noch gewerkschaftlich organisiert: Deutschland 1960: 34,2 %, 1980: 33,6 %, 2000: 21,6 %, 2010: 18 %.

Der durchschnittliche Anteil der Gewerkschaftsmitglieder in der EU insgesamt, gewichtet nach den Arbeitnehmerzahlen in den einzelnen Mitgliedstaaten, beträgt 23 %. Dabei ist zu beachten, dass der relativ geringe gewerkschaftliche Organisationsgrad in einigen der größeren EU-Mitgliedstaaten wie Deutschland (18 %), Frankreich (8 %) sowie Spanien mit 19 % und Polen mit 12 % diesen Durchschnitt drückt. Die drei kleinsten Staaten hingegen – Zypern, Luxemburg und Malta – verzeichnen hier Anteile, die weit über dem Durchschnitt liegen. (worker-participation.eu)

Oder nehmen wir unverdächtigerweise (???) die katholische Kirche in Deutschland bzw. deren geheime Gutmensch-

Organisation „Zentralkomitee“. Das „ZK der Deutschen Katholiken“ sollte eigentlich die Interessenvertretung der Gläubigen gegenüber dem Klerus sein. Aber es produziert lieber (en masse) Papiere und gefällt sich darin, den katholischen Glauben auf eigene Weise zu definieren, auf Deutsch: auf den Kopf zu stellen, selbst wenn das dem Naturrecht widerspricht. Übrigens immer recht hübsch begleitet von einem interessierten Medienpulk; denn Medienmenschen lieben Störer wie das ZK, das sich, allen bisherigen Glaubensregeln zum Trotz, derweil z. B. der „Segnung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften“, vulgo: Homo-Ehe, verschrieben hat.

Hohe kirchliche „Würdenträger“ beeilen sich, ihnen nachzueifern. So steht der Vormann des deutschen Klerus, der Münchner Kardinal Karl Reinhard Marx (nomen est omen), an der Spitze einer Gruppierung, die sich im vertraulichen Kreis Gleichgesinnter in Hinterzimmertreffen Gedanken um eine notwendige „Liberalisierung“ der Kirche macht. Angesichts des weltweiten Katholizismus eine winzige Minderheit, die aber dabei ist, Papst Franziskus und seine Familiensynode so in die Enge zu treiben, daß der Pontifex mit dem Rücken an der Wand entweder eine neue Kirche vertreten oder die Synode absagen muß.

Traditionalisten und Reformfreudige unter den Kardinälen spielen Mikado. Wer umfällt, hat verloren. Und Katholiken in Deutschland? Sie lassen sich öffentlich vorführen und sich fragen, ob ihre Lebenswirklichkeit die richtige ist. Die deutsche katholische Kirche als der Nabel der katholischen Weltkirche. Eine (im wörtlichen Sinne) verschwindende Minderheit, der eine – vor allem in Afrika und Südamerika – immer größer werdende Mehrheit gegenübersteht. Aber in Deutschland wird definiert, was „moderne Lebenswirklichkeit“ ist.

Minderheiten, so lernt Hannes Gutbürger schon früh, sind der Schwanz, der mit dem Hund wedelt; er lernt, wie eine Minderheit eine Mehrheit bevormundet. Nu lernt ma schön!

Der gesellschaftliche Wandel: links „gut“, rechts „böse“

Das alles wäre vielleicht noch zu ertragen, wenn mit diesen minderheitlichen Diktatversuchen nicht zugleich eine Verteufelung all derer einherginge, die diese Meinungen nicht teilen, die also bewußt politisch inkorrekt sind. Wären diese Inkorrekten nur die Doofen, ginge das ja noch. Aber sie werden nicht als doof hingestellt, sondern als gefährlich. Und alles, was in unserer Gesellschaft gefährlich ist, ist selbstverständlich „rechts“. Tugenden sind links, Untugenden rechts. Und im hast-Du-nicht-Gesehen sind links die „Guten“, geführt von den Gutmenschen, und rechts die Bösen, die Gesellschaftszerstörer. Unser tradiertes Paradigma ist einem kompletten Paradigmenwechsel zum Opfer gefallen.

Somit wird auch deutlich, daß der von Gutfrau und Familienministerin Manutrulla Schwesig kräftig finanzierte „Kampf gegen rechts“ genau diesem neuen Paradigma folgt: Da „rechts“ böse ist, ist „links“ gut, also staatlich zu fördern. Und genau entsprechend diesem Paradigma braucht man „links“ bzw. Linksradikale nicht mehr zu beobachten, sie brauchen auch kein Bekenntnis zur „freiheitlich-demokratischen Ordnung“ mehr abzuleisten; denn wenn jemand „gut“ ist, ist er ja nicht böse. Alles klar?

Auf was warten wir? Auf die Selbstentmachtung der Parteien und der Interessengruppen? Auf das Aufhören der ewigen Bevormundung durch Bessermenschen? Auf eine neue Weltordnung? Da können wir lange warten. Jedenfalls solange „der Staat“ – also Parteien und Interessengruppen – sich am von uns Bürgern Erarbeiteten mästet, und solange erklärte Gegner dieses Staates von eben diesem Staat gefördert und finanziert werden, wird die Diktatur der Minderheiten weiter voranschreiten. Irgendwann bricht das System dann zwar ´mal zusammen. Aber bis dahin herrscht „nach uns die Sintflut!“ Also ran an die Töpfe!



Österreich: Illegaler legt Brand in Unterkunft



Am Samstag brach im bis unters Dach gefüllten Erstaufnahmezentrum im Niederösterreichischen Traiskirchen ein Brand aus. Kurz nach 13 Uhr rückten mehrere Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr, Rettung und Polizei an, das Gebäude wurde evakuiert. Etwa 2100 Menschen leben derzeit in der Einrichtung, die Polizei ist Dauergast. Der Brand am Wochenende wurde von einem 17-jährigen Afrikaner nach einem Streit mit Landsleuten gelegt, er hatte mehrere [Matratzen in Brand gesteckt](#).

Bürgermeister Andreas Babler (SPÖ) erließ nun einen feuerpolizeilichen Bescheid, wonach innerhalb von vier Tagen rund 800 der Asylforderer in andere Quartiere gebracht werden müssen. Das Innenministerium hält den Bescheid für

rechtswidrig und wird Rechtsmittel ergreifen. Österreich ist mittlerweile ebenfalls total überfordert mit der Illegalen-Flut. Seit Wochen schwelt der politische Streit, um die in mehreren Bundesländern errichteten Zeltlager. Viele Bürgermeister der betroffenen Gemeinden sind der Ansicht, dass das [Maß voll sei und wehren sich](#) gegen die stetig steigenden Einquartierungszahlen und gegen den [Zeltlager-Notfallplan](#) des Innenministeriums. (lsg)

GEZ: Mit Bargeld gegen die Zwangsgebühren



Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland ist mit 20 Fernseh- und 63 Radioprogrammen und Einnahmen von über 8,3 Milliarden Euro pro Jahr der umfangreichste und teuerste der Welt. Zu den Olympischen Spielen in London 2012 entsandten ARD und ZDF mehr Mitarbeiter als Deutschland Sportler bei den Spielen hatte. 480 Mitarbeiter von ARD und ZDF zogen in London ein. Der Wettbewerber Eurosport, der nahezu den gleichen Sendeumfang seinen deutschen Zuschauern lieferte, kam mit 25 Mitarbeitern aus.

Zwar kann man über Qualität streiten, und nicht alles ist schlecht bei den Öffentlichen. Jedoch schwindet die Akzeptanz bei den jüngeren Zuschauern von Jahr zu Jahr während die Einnahmen aus den Rundfunkgebühren steigen und steigen. Die Skandale häufen sich, wie jüngst beim großzügigen Vertrag mit Thomas Gottschalk.

Die Gebührenumstellung auf einen Wohnungs- und

Betriebsstätten-bezogenen Rundfunkbeitrag war ein perfider Schachzug von ARD und ZDF. Früher musste nur der Besitzer von Radio- und Fernsehgeräten den Rundfunkbeitrag bezahlen. Das war für die damalige Gebühreneinzugszentrale (GEZ) mühsam und aufwendig. Sie mussten demjenigen, den sie zu Kasse bitten wollten, nachweisen, dass er ein Gerät besitzt. Mit der Umstellung zum 01.01.2013 hat sich das geändert. Jetzt sind alle dran. Das Argument der Öffentlichen war, dass inzwischen jeder Computer und jedes bessere Smartphone über Livestream und Mediathek auf das Angebot der Öffentlichen zugreifen kann.

Erst der Schritt ins Netz ermöglichte ARD und ZDF den Zugriff auf alle Bürger und Unternehmen in Deutschland. Wie immer in solchen Fällen führt dies zu Kollateralschäden. Wer keinen Fernseher, kein Radio, keinen Computer und kein Smartphone besitzt, muss dennoch bezahlen. Wer die öffentlichen Sender verschmäht und nur Private schaut, muss ebenfalls zahlen. Wer sich nur im Internet informiert auch. Da es eine kommunale Meldepflicht gibt, ist kein Entrinnen möglich. *(Den ganzen Artikel lesen bei deutscherarbeitgeberverband.de)*



Wie grottendumm die ARD aus Syrien berichtet



Gestern startete die 20 Uhr-Tagesschau mit Nachrichten aus Syrien. Zunächst sah man unzweifelhaft eine Explosion. Es knallte in einiger

Entfernung und es stieg Rauch auf. Das war aber alles, was objektiv feststand. Denn bereits der Kommentar dazu, konnte stimmen, aber vielleicht auch hundert Prozent gelogen sein. Die ARD behauptete, es sei eine Fassbombe von Assad gewesen. Beweis: null!

Natürlich kam das nächste Video dann vom Tatort. Man sah Menschen in zerstörten Häusern. Ob aber die Häuser dieselben waren, in denen die angebliche Fassbombe explodiert sein sollte, dafür fehlte jeder Beleg. Stattdessen wurden aus einem der zerstörten Gebäude lebende kleine Kinder keineswegs hektisch von Retter zu Retter in einer Kette herausgereicht. Ob diese Kinder die „Fassbombe“ glücklicherweise überlebt hatten, auch dafür gab es null Beweise. Die Assadgegner haben vielleicht nur ein kleines Theaterstück aufgeführt für ARD und ZDF. Filmen kann man alles, in Syrien fehlt es nicht an der geeigneten Szenerie.

Vor allem, wenn Kinder gezeigt werden, ist der kritische Beobachter hellwach. Wir kennen die Kinderlügen von den Palästinensern – etwa der kleine Junge, der mit seinem Papa am Straßenrand kauert und angeblich von den Israelis beschossen wurde. Oder ein kleiner „schwerverletzter“ Junge, der von einem Sanitäter ewig lang durchs Viertel getragen wurde, bis ein Sanka kam. Alles war nur gestellt, PI hat damals berichtet.

Oberfaul war auch der Syrer, dessen Kommentar die ARD dann vor dem Fassbomben-Tatort filmte, als gerade Kinder im Hintergrund

rausgereicht wurden. Der Mann hatte nirgends Staub von der Fassbombe und er sprach ganz ruhig über den bösen Assad und hatte keinerlei Angst in den Augen! Wenn der Mann bei der Explosion vor Ort gewesen wäre, hätte er anders geguckt. Und wenn er erst später dazugekommen war, als Assads Fassbomber längst fort war, warum wurden dann immer noch Kinder hinten rausgereicht?

Kurzum: solche Filmchen taugen nicht die Bohne. Sie beweisen gar nichts. Jeder kann sie drehen. Vielleicht ist es eine Auftragsarbeit der Asyllobby? Vielleicht will ein syrischer Kameramann wieder mal ein paar Kröten zum Lebensunterhalt von der ARD für eine „Sensation“?

Mich beeindrucken diese Schmarren nicht. Assad-Gegner können auch eine Bombe zünden, ein bißchen Giftgas verspritzen und hinterher UNO-„Experten“ einladen, um das Gift nachzuweisen, das „eindeutig“ von Assad aus Damaskus stammen soll. Dieselben Tricks natürlich in der Ukraine!

Wer ein Stück Wahrheit wissen will, sollte wenigstens immer fragen: „Cui bono?“

Die Moralkeule

Sicherheit und Freiheit haben in der Gesellschaft ein durchaus ambivalentes Verhältnis zueinander. Auf der einen Seite bedingt die Sicherheit jene Freiheit des Einzelnen, andererseits erfordert Sicherheit immer die Durchsetzung von Recht, was eine mächtige Instanz benötigt, die individuelle Freiheit im Rahmen der gesetzten Regeln einschränkt. Die Freiheit des Einzelnen ordnet sich also den Regeln der Gemeinschaft unter, um im Idealfall die größtmögliche Freiheit aller Teilnehmer zu ermöglichen. Dies sicherzustellen ist

Aufgabe des Rechts und der dazugehörigen Institutionen. Die Schaffung dieser aus gesellschaftlichen Konventionen und Gesetzen bestehenden Ordnung wird von politischer Auseinandersetzung und Tradition geprägt und ist somit ein Produkt der Gesellschaft und ihrer vorhergehenden Generationen.

(Von SAW)

Politik ist also nur Mittel zum Zweck einer gerechten Gesellschaft. Eine stagnative Gesellschaft ohne Politik ist leichter vorstellbar als eine Gesellschaft ohne Recht. Eine rechtlose Gesellschaft existiert nur als utopische Vorstellung. Der Rechtsstaat als demokratisch geformtes Regelungsdogma ist in einer freien Gesellschaft unverzichtbar.

Nach diesem Plädoyer für die Notwendigkeit demokratisch legitimierten Rechts möchte ich nun auf die wachsende Abkehr vom demokratischen Einmaleins zu sprechen kommen. Am 25. Mai wurde das Rathaus in Köln von besorgten Eltern in eine Kindertagesstätte verwandelt. Etwa 300 Eltern und Kinder stürmten nach Angaben der örtlichen Presse das Rathaus. Die Demonstration richtete sich gegen Politik und Gewerkschaften gleichermaßen. Die Nöte und Sorgen der Eltern während eines dreiwöchigen Streiks der Erzieher sind durchaus nachvollziehbar. Die Besetzung eines Rathauses mit Kind und Kegel wird jedoch nicht von dem Recht auf freie Meinungsäußerung geschützt und erinnert an die Besetzung der Berliner Gerhart-Hauptmann-Schule durch Mitarbeiter staatlich unterstützter Flüchtlingsinitiativen und deren Schützlingen.

Gemeinsam ist beiden Fällen die Akzeptanz der gewählten Repräsentanten unserer Gesellschaft in Form der Exekutive. Diese sollte in einem Rechtsstaat lediglich nach demokratisch legitimiertem Recht in Form von Gesetzen handeln, wonach die Besetzung eines Rathauses zu Demonstrationen ausgeschlossen ist. Die Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit gesellschaftlicher Strukturen durch eine besonders impulsive

Interessengruppe entspricht gerade nicht den Gleichheitsgrundsätzen der Demokratie und hätte in beiden Fällen nach geltendem Recht beendet werden müssen.

Der Rechtsmissbrauch wird an dieser Stelle offensichtlich, wenn man sich vorstellt, welche Exekutivmaßnahmen ergriffen würden, wenn Lutz Bachmann mit seiner Pegida, auch ohne Beleuchtung, die Semperoper besetzen würde. Wie bereits oben erwähnt, gilt in einem demokratischen Rechtsstaat: Gleiches Recht für Alle!

Die besondere Rücksichtnahme gegenüber Eltern mit ihren Kindern führt zu allgemeiner Sympathie für solche Aktionen. Den Verantwortlichen im Rathaus wird durch weitreichende Publikation dieser Situation, mit Blick auf die nächste Wahl, die Wahrnehmung ihrer eigentlichen Aufgabe erschwert. Die notwendige Neutralität der Exekutive, deren Aufgabe es ist, demokratische Gesetze unabhängig des Ansehens der Person auszuführen, wird so nicht gewährleistet. Aus diesem Grunde wird die Medienmacht auch als vierte Gewalt bezeichnet und entsprechend ihrem Machtanspruch liegen die Gehälter der Intendanten im öffentlichen Zwangsfernsehen um etwa ein Drittel höher als das der Bundeskanzlerin.

Im Unterschied zu den genannten Besetzungen von Bäumen, Schulen oder Rathäusern ist es für die Medienschaffenden jedoch leicht, das Mitleid mit den Demonstranten für die Einhaltung von Asylrecht und einer gleichmäßigeren Verteilung politisch Verfolgter in Europa, in Grenzen zu halten oder gar nicht erst aufkommen zu lassen. Hilfestellung bietet der gesellschaftliche Wandel vom Ideal der Gerechtigkeit zur ideologisierten Moral. Eine Moralisierung politischer Sachthemen wirft jedoch gleichsam apologetische Gräben auf, hinter denen man sich in vertrauter Einigkeit von Gleichgesinnten vor dem argumentativen Eindringen durch fundamentale Abwehrmechanismen zu schützen weiß. Die vertrauten Claudia Roth-Sprüche „Intoleranz braucht man nicht

zu Tolerieren“ helfen dabei beidseitig nicht weiter, werden aber gerne von der sich moralisch überlegen glaubenden Seite genutzt.

Moral ist schwer handhabbar und erst recht ist es schwer ihr argumentativ zu begegnen. Ähnlich wie Religion gewährt sie eine Deutungshoheit im Bereich von Alles oder Nichts. Die Moralisierung von Sachthemen wird deshalb als Allzweckwaffe missbraucht, um sich nicht zeitraubender Argumentationsketten bemühen zu müssen. Eine wachsende Zahl von Beispielen der Abkehr von Gerechtigkeit durch Moralisierung von politischen Themen appellieren an das Mitleid und die Empathie einer satten selbstzufriedenen Gesellschaft. Welcher Journalist möchte sich schon auf die Seite der schwäbischen Eindringlinge des Berliner Stadtteils Friedrichshain schlagen, die Wohnungen aufkaufen und sanieren, um sie teurer zu vermieten, wenn auf der anderen Seite die Gentrifizierungsgegner den Wohnungsnotstand und die Verdrängung des ursprünglichen Milieus in Stellung bringen.

Nicht nur der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse erkennt dann professionell seine gutmenschliche Chance und beleidigt die redlichen Schwaben, auch wenn er sonst kulturelle Bereicherungen befürwortet. Der Berliner Senat eilt den Hilfsbedürftigen zur Seite und richtet per Gesetz Schutzzonen, sogenannte Milieuschutzgebiete ein, in denen Hänge-WC oder zwei Bäder in einer Wohnung als im real existierenden Sozialismus unnötiger Luxus gebrandmarkt und deren Einrichtung schlicht verboten wird. Sowohl das Wort „Schutzgebiet“ als auch die Verhinderung von „Verdrängung“ sind die staatlich instrumentalisierten Reizworte für die weinerliche Gutmenschheit. An eine Demonstration gegen die Teilbeschlagnahme privaten Eigentums auf Seite der staubig konservativen Immobilienbesitzer ist nicht zu denken, wohl auch deshalb, weil diese Klientel ihre Zeit produktiver nutzt, was am wirtschaftlichen Erfolg erkennbar ist.

Auf der offiziellen Internetseite Berlins, dem

Hauptstadtportal, wird als Ziel der sogenannten „sozialen Erhaltungsverordnung“ das Bewahren der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung genannt. Dem aufmerksamen Leser wird dieses Ziel bekannt vorkommen. Eine Bewahrung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung war der Pegida-Bewegung sicherlich viel zu radikal, weshalb sie nur die Erhaltung der abendländischen Kultur fordert.

Der genannte gesetzliche Eingriff in das Recht, sein Eigentum zu verbessern und zu verschönern, steht im konträren Widerspruch zur historischen Wurzel der von Wolfgang Thierse gescholtenen schwäbischen „Kehrwoche“. Kern der „Gassensäuberungs-Ordnung“ aus dem Jahr 1736 in Stuttgart war das Ziel, die Verantwortung für die Gemeinschaft zu stärken, die den pfleglichen Umgang mit Gemeinschaftsflächen voraussetzt. Die daraus abgeleitete Sentenz „Eigentum verpflichtet“ wirkt heute antiquiert und in Konfrontation mit Hausbesetzern und Sprayer-Szene wie ein einsamer Ruf in der Wüste. Einen etwas kultursensibleren Umgang mit den fremdartigen Gepflogenheiten hätte ich dem damaligen Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages allerdings zugetraut.

Dass es Menschen für legitim halten, fremde Häuser zu besetzen und darin zu wohnen, basiert ebenfalls auf der genannten moralischen Überheblichkeit der auf Kosten des Sozialstaates ungestörten, parasitären, selbsternannten Kämpfer gegen den bösen Kapitalismus. Die Missachtung der Leistungsgerechtigkeit in der Politik durch den Druck medial inszenierter Einzelschicksale führt in einem entwickelten Staat zwangsläufig zu einer Absenkung der Produktivität. Die selektive Verstärkung solcher Schicksale, wie die Darstellung gut integrierter Ausländer bei drohender Abschiebung, verzerrt die medial kolportierte Realität, worauf sich die heutige Politik beruft.

Demokratiefeindlich ist in diesem Zusammenhang die einseitige Unterstützung politisch aktiver Nichtregierungsorganisationen

mit Steuergeldern oder die politische Einflussnahme im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wie vielfach dokumentiert. Die Freiheit, die unbedingte Grundlage für das Leistungsstreben in einer Gesellschaft ist und sich für wissenschaftliche Innovationen unverzichtbar erweist, ermöglicht auf der anderen Seite auch den Ruin bei schlechter Unternehmensführung. Während die Gruppe der Gutmenschen mit der Moralkeule auf wohlhabende und verantwortungsvolle Leistungsträger der Gesellschaft einschlägt, sorgt diese Gruppe ebenfalls dafür, dass Fehlinvestitionen der bedrohlich großen Kapitalakkumulatoren ihre Verluste im Rahmen von Bail-out und Bankenrettung sozialisieren dürfen.

Die Moralisierung bei der politischen Entscheidungsfindung lässt den Respekt gegenüber dem Opponenten einer scheinbar unmoralischen Meinung missen. Nur so ist erklärbar, dass vermummte Horden mit schwarzer Uniform gewaltsam gegen Politiker der AfD oder Demonstranten der Pegida vorgehen und sich dabei als Gutmenschen fühlen, während sie sich wie die Sturmabteilung im November 1938 benehmen.

Identitäre: Warum wir auf die Straße gehen!

Daß „nach uns“ die demographischen Verhältnisse in Europa endgültig und unumkehrbar kippen werden, ist jedem, der diese Zeilen liest, mit Sicherheit bekannt. Die Frage ist, ob es ihm auch vollumfänglich bewußt ist, ob es, wie es müßte, täglich sein Denken und Tun beeinflusst.

„Letzte Generation“ – das sagt sich leicht, ist aber ein schwerer Gedanke. Was bedeutet er? Mit Generation ist nicht

nur eine bestimmte Altersgruppe gemeint. Wir alle, die diese deutsche und europäische Gegenwart teilen, in die uns ein Schicksal geworfen hat, sind damit gemeint.

Es ist ein einmaliges historisches Fenster, in das unser Leben hineinragt. Wir haben es uns nicht ausgesucht: es hat uns ausgesucht. Vielleicht sind wir nicht bereit, sind in tausenden eigenen Problemen verfangen und verzettelt. Vielleicht beginnen wir gerade eine Ausbildung, ziehen wir uns gerade in den wohlverdienten Ruhestand zurück, vielleicht sind wir gerade Vater geworden...

Dem Schicksal, dem „Großen Austausch“ ist unsere private Biographie völlig egal. Wir alle, als Jugendliche, als Familienväter, als Senioren, als Frauen und Männer, als Wohlhabende oder Verschuldete, als Gesunde oder Kranke, wir sind mit unseren Hoffnungen und Begabungen, Schwächen und Ängsten unter ein Vorzeichen gestellt. Wir können, das ist das „Neue“ an unserer Generation, auch nicht mehr vor diesem Großen Austausch fliehen oder „wegziehen“. Wir müssen uns ihm stellen, oder er stellt uns.

Nur wenn sich alle „Insassen“ dieses historischen Blocks, dieser Gemeinsamkeit bewusst werden, sich um sie sammeln und eine Front bilden, kann es jemals eine Wende, eine „große Tat“ geben. Hand muß in Hand greifen, die Jungen, die noch nichts zu verlieren haben, müssen in die erste Reihe drängen.

Die Alten, die etwas zu verlieren haben, müssen ihnen mit Logistik, Immobilien, Geld, Autos und Anwälten den Rücken decken. Die, die Schreiben können, müssen ihr Schreiben, die die Reden können, ihre Sprache zur Verfügung stellen. Sie müssen ihre Unterstützung oft regelrecht „aufdrängen“, die Plattformen der Verteilung, Vernetzung und Tat erst schaffen, bevor sie sich einbringen können. Man „darf“ spenden, mitmachen und unterstützen. Es ist keine Dienstleistung, die einem geschuldet wird.

Alles was in diesem Land noch an „kulturellem Bestand“ da ist, wird mit dieser unseren Generation bestehen oder untergehen. Die jungen Europäer, die heute unter 10-14 Jahren, also in einem „unpolitischen Alter“ sind, werden aller Voraussicht nach keinen echten politischen Kampf um Europa mehr führen. Wenn sie alt genug sind, wird unsere Generation die Weichen für eine Trendwende gestellt oder untätig das Unumkehrbare zugelassen haben. Jeder unpolitische Rückzug ins Familienleben ist heute ein Verrat an den eigenen Kindern.

Wir reiten auf dem letzten Wellenbogen, im letzten Lebenshauch unserer ethnokulturellen Tradition. Wenn wir nicht etwas lostreten und ein Feuer entfachen, ist Sense. Wer soll in 20 Jahren die SiN lesen? Wer soll auf Korporationshäusern Kneipen schlagen, soll bündisch durchs Land fahren, wer eine „rechte, bürgerliche Partei“ wählen? Wenn unsere Generation nichts tut, verschwinden wir in einer ewigen Nacht. Alles was deutsch und europäisch war und ist, endet in und mit der Bundesrepublik und der EU.

Die angesprochenen politischen und kulturellen Flügel des rechten Lagers haben ihre Daseinsberechtigung nur als Kraftpotentiale, als Bündelungen und Reservoirs für eine Bewegung und die politische Tat. Jedes Engagement in ihnen ist nur in der Hinblick auf einen echten, tätigen Kampf ums Ganze zu rechtfertigen. Dass diese Bereiche und Organisationen, wenn man sie in die Bresche wirft, in Bewegung versetzt, mit und über sie aktiv wird, leiden werden, dass sie dabei zerbrechen können, ist klar. Die Axt kann Schaden nehmen, wenn man einen Baum fällen. Aber ist die Alternative, sie im Schuppen zu lassen? Soll das Schiff im Hafen warten bis es verfault?

(Der komplette Artikel von Martin Sellner kann bei Sezession.de nachgelesen werden. Zur Kampagnen-Seite „Der große Austausch“ geht es [hier lang](#))



Die Facebook-Seiten der Identitären Bewegungen in [Deutschland](#), [Österreich](#) und der [Schweiz](#) freuen sich noch über ein „gefällt mir“.



**Thorsten Hinz: Kontrolliert
wird flächendeckend**



[...] Die Anonymität
des Netzes und die
Moralisierung
öffentlicher
Diskurse zieht
Charaktere an, bei
denen sich
Gemeinheit mit
ideologischem
Sendungsbewußtsein

verbindet und die ihre Anerkennung und Bestätigung aus der Demütigung und Herabsetzung anderer beziehen. Viele halten nicht einmal mehr die Anonymität für nötig, denn jene Verhaltensweisen, die an Stasi-IMS zu Recht verabscheut werden, gelten als respektabel und werden belohnt, wenn sie unter politisch opportunen Vorzeichen ausgelebt werden.

Der Grünen-Politiker Volker Beck ließ es sich nicht nehmen, via Twitter seine Freude über die Entlassung und soziale Degradierung der Kolumnistin [[Barbara Eggert](#)] mitzuteilen. Auch das ist kein Zufall. Beck, ein Studienabbrecher, heuerte 1987 als Schwulenreferent der grünen Bundestagsfraktion an. Die sexuelle Orientierung wurde zum Ausgangspunkt seiner politischen Karriere und des sozialen Aufstiegs. Namens der vermeintlich Erniedrigten und Beleidigten befindet er sich in der politischen Daueroffensive, ohne Widerspruch fürchten zu müssen, weil dieser sofort als Homophobie ausgelegt würde.

Es ist verständlich, daß er genau darüber wacht, daß dieses Privileg, das seine politische und soziale Existenzgrundlage darstellt, von niemand auch nur andeutungsweise in Frage gestellt wird. Hier zeigt sich, daß die Emanzipation von Minderheiten und die Verflüssigung von Traditionen und überkommener Stereotypen die Gesellschaft keineswegs freundlicher und zwangloser gemacht haben. Vielmehr hat der Zwang sich auf andere Bereiche verlagert und teilweise noch verschärft.

(Der komplette Artikel von Thorsten Hinz kann wie gewohnt in der [JUNGEN FREIHEIT](#) nachgelesen werden)



Erdogan will Jerusalem erobern



Am Samstag feierte die Türkei den 562. Jahrestag der blutigen Eroberung Kostantinopels, als die Christen in einem Meer von Blut versanken und sogar in der Kirche Hagia Sophia abgeschlachtet wurden. Der Auftritt von Ministerpräsident Erdogan vor einer Million Menschen erinnert dabei an Szenen aus dem Dritten Reich. Die Menge ruft „Hier der Führer, hier die Armee“. Erdolf redet von Eroberungen: „Eroberung heißt Mekka. Eroberung heißt Sultan Saladin, heißt, in Jerusalem wieder die Fahne des Islams wehen zu lassen.“ Erdogan will ganz offensichtlich ein Groß-Osmanisches Reich errichten. Im

Prinzip ist dies wie eine Kriegserklärung an Israel.

(Von Michael Stürzenberger)

Wer den Völkermord an den Armeniern anspricht, wird von dem Türkenführer als Verräter gebrandmarkt. Solche Slogans lassen keinen Zweifel aufkommen, dass Erdogan ein islamischer Fanatiker ist: *„Wir werden denen nicht nachgeben, die dieses Land, diese Nation teilen wollen, die es beenden möchten, dass in den Heiligtümern Istanbuls rund um die Uhr der Koran gelesen wird.“* In der Welt [erfährt man](#), wohin der Eroberungsdrang der Türkei unter Erdogan unter anderem gerichtet ist:

„Ihr könnt euch noch so anstrengen“, rief Erdogan, „ihr werdet uns nicht dazu bringen, auf unsere erste Qibla zu verzichten.“ Die erste Qibla, also Gebetsrichtung, der Muslime war Jerusalem, erst nach der Auswanderung des Propheten nach Medina begannen sie, in Richtung Mekka zu beten. *„Ihr seid die Generation, die Damaskus und Jerusalem erobern wird“,* hatte vor Beginn des offiziellen Programms ein Einpeitscher der Menge zugerufen.

Der türkische Premierminister Davutoglu hatte einige Tage zuvor [ins gleiche Horn geblasen](#):

»Die Al-Aqsa-Moschee [der Tempelberg] ist auf ewig unser – und Allah ist mein Zeuge und die Geschichte wird zeigen, dass sie auf ewig unser sein wird.« Nachdem er geschworen hatte, Jerusalem zurückzuerobern, wenn er gewählt werde, betonte Davutoglu, sein Land könne *»kein Freund oder Verbündeter derjenigen sein, die die Al-Aqsa-Moschee mit ihren Stiefeln entweihen«* und bezog sich dabei auf Israelis, die Demonstrationen verhindern mussten. Damit beschuldigt Davutoglu Israel, den Tempelberg zu entweihen, denn dem Islam zufolge begeht jeder, der heiligen Boden anders als barfuss betritt, eine Abscheulichkeit.

Diese osmanische Eroberungsshow am vergangenen Samstag präsentierte sich wie eine Parade bei den Nazis:

Als „Weltmacht“ bezeichnete der offensichtlich größtenwahnsinnige Erdogan sein Reich schon [im Jahr 2010](#). Die Türkei sei „ein Land, das in der Welt die Tagesordnung bestimmt.“



Man braucht sich keinen Illusionen hingeben – die beiden Türkenführer meinen es genau so, wie sie es sagen. Mit dem Koranchip im Kopf werden sie es auch [umzusetzen versuchen](#). Gut drei Millionen Türken in Deutschland dürfte hierbei die Rolle der 5. Kolonne Ankaras zukommen. Juden werden hierzulande unter dieser Wahnidee mit begleitender Hetzpropaganda als erste leiden müssen.

Wenn man sich vor Augen hält, dass Moslems in Jerusalem eigentlich [gar nichts verloren haben](#), wird deutlich, was diese Eroberungs-Ideologie in den Köpfen von Menschen auslöst. Sie glauben an das Märchen vom nächtlichen Pferdeflug Mohammeds zu einer „weit entfernten Moschee“, die aber gar nicht in Jerusalem stehen konnte, weil der Islam zu diesem Zeitpunkt auf das Gebiet des heutigen Saudi-Arabiens begrenzt war. Jerusalem wird auch im Koran an keiner einzigen Stelle erwähnt. Moslems kamen erst nach Mohammeds Tod im Jahr 638 unter dem Kalifen Omar nach Jerusalem – wie immer als Eroberer.

Juden hingegen leben in Jerusalem seit über 3000 Jahren. Der Tempel wurde unter Davids Sohn Salomo im Jahre 955 vor Christi Geburt fertiggestellt. Kaiser Justinian errichtete um 530 n. Chr. für das Christentum die dreischiffige byzantinische Basilika St. Maria auf dem Tempelberg. Moslems eroberten sie und wandelten sie in die Al-Aqsa-Moschee um.

Normalerweise müsste man den Mohammedanern die klare Ansage machen, ihre Reliquien zu packen und dorthin zu schaffen, wo sie hingehören: Nach Saudi-Arabien. Damit Juden und Christen in Jerusalem endlich ihre Ruhe haben. Denn je mehr man den Vertretern dieser Raub- und Eroberungsideologie entgegen kommt, desto frecher werden sie – wie man am Beispiel Erdogans erneut eindrucksvoll bestätigt sieht. Aber Israelis haben [eine schier unendliche Geduld](#) trotz des Irrsinns, mit dem sie konfrontiert sind.

PI-Film über Jerusalem:

(Redaktion: Michael Stürzenberger; Kamera: Black Knight)